

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/196

11. Oktober 1972

Sachargumente zum Ausländerproblem

-----  
Ein nüchternes Wort zu einer heißen Diskussion

Von Heinz Ruhau

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg  
und Vorsitzender der Innenministerkonferenz

Seite 1 / 38 Zeilen

CDU-"Anleihe" bei der SPD

-----  
v. Weizsäcker "stützt" sich auf Erhard Thiele

Seite 2 bis 3a / 142 Zeilen

Raum für unsere Kinder sichern!

-----  
SPD-Initiativen stoßen auf CDU-Widerstand

Von Werner Liebrecht und Dr. Klaus Klingens  
Mitglieder des schleswig-holsteinischen  
Landtages

Seite 4 und 5 / 70 Zeilen

Der Fall Universität Konstanz

-----  
Die CDU schürt selbst den politischen  
Radikalismus

Seite 6 und 7 / 72 Zeilen

## Sachargumente zum Ausländerproblem

---

Ein nüchternes Wort zu einer heißen Diskussion

Von Heinz Ruhneu

Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg und  
Vorsitzender der Innenministerkonferenz

Die Ausweisung einiger Ausländer und das Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA sind von zwei unterschiedlichen Seiten kritisiert worden. Einerseits wird von ungerechtfertigten Maßnahmen und pauschalem "Großreinemachen" unter den Ausländern gesprochen, andererseits wird behauptet, die Aktionen gingen nicht weit genug und jetzt wäre doch der Anlaß gekommen, endlich mit der "Überfremdung" der Bundesrepublik durch Ausländer Schluß zu machen.

In unserem Staat leben 3,5 Millionen Ausländer, und jeder von ihnen kann sich politisch betätigen. Wer jedoch diese Freiheit benutzt, um Gewalttaten zu unterstützen oder auszuführen, wird nach den bestehenden Gesetzen behandelt. Gemäß dieser Gesetze ist auch die politisch bemäntelte Tötung von Menschen Mord. Und nach diesen Gesetzen wird jeder ausgewiesen, dem Handlungen gegen die Belange der Bundesrepublik gerichtlich nachgewiesen werden können. Dieses Verfahren richtet sich gegen einzelne Personen. Pauschale Ausweisungen ganzer Ausländergruppen hat es nicht gegeben und wird es auch nicht geben.

Durch diese differenzierte Behandlung haben die Sicherheitsorgane gezeigt, daß sie die Rechte der Überwiegenden Zahl gesetzestreuer Ausländer achten. Es gilt aber, aus dieser Überwiegenden Zahl der friedlichen ausländischen Mitbürger diejenigen herauszufinden, die mit der festen Absicht in unseren Staat gekommen sind, sich nicht an die Gesetze zu halten. Das ist das eine Problem.

Die zweite Aufgabe, vor der die Bundesrepublik steht, ist die soziale Integration der Ausländer. Mit Recht fragen viele Bürger, ob es richtig sei, Millionen Ausländer in die Bundesrepublik zu holen und sie den Problemen der sozialen Entwurzelung auszusetzen. Deshalb muß die bisher betriebene Ausländerpolitik durch eine Einwanderungspolitik ergänzt werden. Wer auf Dauer in der Bundesrepublik arbeiten will, muß Bürger dieses Staates werden können und zwar nicht erst nach zehn Jahren. Er darf nicht Ware "Arbeit" bleiben, die man nach Belieben wieder zurückschickt. Sonst produzieren wir erneut die Gettos und die Klassengesellschaft des 19. Jahrhunderts, die wir gerade überwinden zu haben glauben.

(-/ fh/11.10.1972/bgy)

+ + +

CDU-"Anleihe" bei der SPD

v. Weizsäcker "stützt" sich auf Erhard Eppler

Die Rede des CSU-Politikers Dr. Richard von Weizsäcker auf dem Parteitag in Wiesbaden ist ein Musterstück an zweispältiger Taktik. Da wird einerseits der Popanz eines gefährlichen Sozialismus aufgestellt, mit den Buchstaben SPD verziert und mit allerhand Wurfgeschossen bedacht. Gleichzeitig vereinnahmt Weizsäcker vieles von dem, was in den letzten Monaten in der sozialdemokratischen Programmdiskussion erarbeitet wurde. Derselbe Begriff von der "Qualität des Lebens", den das konservative Lager seit einem halben Jahr mit Spott und Verdächtigungen bedacht hat, erscheint nun als das neueste Produkt der CDU-Programmatik. von Weizsäcker malt sich nicht ohne schöpferische Phantasie ein Zerrbild der Sozialdemokratie, während er gleichzeitig ungeniert Anleihen beim sozialdemokratischen Programm macht. Deshalb stellen wir hier ohne Kommentar einige Äußerungen von Bundesminister Dr. Erhard Eppler aus seiner Oberhausener Rede vom 12. April 1972 zur "Qualität des Lebens" den entsprechenden Stellen der Weizsäcker-Rede vom 9. Oktober 1972 gegenüber:

Eppler: "Daß wirtschaftliches Wachstum nicht als Maßstab für den Fortschritt taugt, wird bald nicht mehr umstritten sein."

Weizsäcker: "In der gegenwärtigen Wachstumsdiskussion wird immer wieder übersehen, daß Wirtschaftswachstum für die soziale Marktwirtschaft kein absoluter Wert, sondern eine abhängige Variable ist."

Eppler: "Ich halte allerdings auch nichts davon, den Begriff des wirtschaftlichen Wachstums zu verteufeln."

Weizsäcker: "Ebenso wenig glauben wir heute, daß sich die Umweltprobleme einfach durch eine obrigkeitliche Begrenzung des Wachstums lösen lassen."

Eppler: "Weder die üblichen Mittel der Marktwirtschaft, noch die Methoden eines Staatskapitalismus werden für die neuen Aufgaben ausreichen. Anders gesagt: Was jetzt zu bewältigen ist, dürfte die Dogmatiker in Ost und West ebenso in Verlegenheit bringen, wie diejenigen, die sich auf ihren Pragmatismus allzuviel zugute halten, die Denkrevolution von der Ökonomie zur Ökologie wird keines der Gesellschaftssysteme ungeschoren lassen."

Weizsäcker: "Ist die freie Gesellschaft überhaupt befähigt, diese Aufgabe zu leisten? Wir nehmen die Frage sehr ernst, denn wir wissen, daß kein Mensch, kein System und kein Programm die heutzutage Folgen der industriellen Produktion und der wachsenden Siedlungsdichte klar genug vorausgesehen haben. Kein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist also von den Problemen verschont. Wichtig allein ist die Frage, wie die verschiedenen Systeme damit fertig werden."

Eppler: "Wer von den Bedürfnissen des Menschen ausgeht, wird früher oder später werten müssen. Auch die Wissenschaft wird an

ihre Grenze stoßen, wo Wertentscheidungen unvermeidlich werden. Welche Form des Eigentums den menschlichen Bedürfnissen am ehesten entspricht, wird sich wohl nie wissenschaftlich klären lassen. Welchen Stellenwert das Bedürfnis nach Freiheit oder Sicherheit hat, ist letztlich keine Frage an die Wissenschaft. Wie ernst das Bedürfnis des Menschen zu nehmen ist, Subjekt und nicht nur Objekt von Entscheidungen zu sein, hängt auch davon ab, ob man dieses Bedürfnis wecken oder einschläfern will. Hier im Bereich politischer Grundwerte wird Wissenschaft die fälligen Wertentscheidungen vorbereiten und durchsichtig machen, aber niemals ersetzen können."

Weizsäcker: "Von Wertentscheidungen war die Rede. Der Mensch muß sie treffen. Er darf nicht blindlings tun, was er technisch kann, sondern er muß unterscheiden und eine Wahl treffen. Er muß sich für Werte entscheiden und auf ihrer Grundlage seine Ziele bestimmen. Es ist schwer für ihn, die Maßstäbe zu gewinnen, umso schwerer, als die Einrichtungen außerhalb der Politik ins Wanken geraten sind, an denen er sich zu orientieren pflegte. Dazu zählen die Familie, die Schule und nicht zuletzt die Kirche. Die stärkste aller modernen Mächte, die Wissenschaft, füllt die Lücke nicht. Denn Werte, Ziele und Anforderungen an das Gewissen werden nicht wissenschaftlich begründet."

Eppler: "Altliberale Dogmatiker haben geglaubt - und einige glauben es immer noch -, daß das Bedürfnis nach Gerechtigkeit sich schließlich von selbst erledige, wenn durch Mehrung des Wohlstandes jeder materiell gesichert sei. Die letzten Jahre haben genau das Gegenteil bewiesen. Gerade da, wo materielle Wünsche erfüllt sind, bricht die Frage nach der Gerechtigkeit wieder auf. Ebenso könnten sich übrigens marxistische Dogmatiker haken, die meinen, religiöse Bedürfnisse verschwinden, wenn die materiellen gedeckt sind."

Weizsäcker: "Viele Wünsche und Ansprüche des Menschen haben sich erfüllt. Aber je mehr dies gelungen ist, desto mehr zeigt sich: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Die Vision der Fülle, die alte sozialistische Idee, daß die materielle Befriedigung von selbst in Frieden und Glück umschlagen werde, stimmt nicht. Gewiß, Hunger ist für niemand erträglich und zumutbar. Wenn aber der Mensch satt ist, dann stellen sich ihm Fragen nach dem Sinn seines Lebens in neuer und nicht minderer Dringlichkeit."

Eppler: "Die Lebensqualität eines kleinen Kindes dürfte jedenfalls ziemlich genau proportional zu der Zeit sein, in der die Mutter sich auf das Kind konzentrieren kann."

Weizsäcker: "Kinder und alte Menschen, Kranke und Pflegebedürftige, Einsame und Zurückgebliebene bedürfen der Zuwendung."

Eppler: "Im Grunde läuft das Verursacherprinzip beim Umweltschutz darauf hinaus, daß die sozialen Kosten in den Preis eingehen."

Weizsäcker: "Dieser Rahmen muß so gesetzt werden, daß die mit dem Schutz unserer Lebensbedingungen verbundenen sozialen Kosten zu einzelwirtschaftlichen Kosten werden."

Eppler: "Natürlich lauern hier Gefahren, vor allem die Gefahr, daß sich Leute finden, die wieder einmal die Menschen zu einem Glück zwingen wollen, daß andere für sie ausgedacht, oder, was noch schlimmer wäre, mit dem Computer für sie errechnet haben... Wer die Freiheit zerstört, trifft die Qualität des Lebens in ihrem Kern."

Weizsäcker: "Wir nehmen sie in dem Bewußtsein an, daß weder der Staat noch eine politische Partei das Wahre, Gute und Schöne für den Menschen zu definieren und zu dekretieren haben. Das eben tun nur totalitäre Systeme und Programme."

Eppler: "Also kommt alles darauf an, neue Formeln der Meinungsbildung und Willensbildung zu finden. Was höhere Lebensqualität ist, kann nicht von wenigen Wissenden dekretiert werden. Es gilt, in einer möglichst breiten Diskussion ein Höchstmaß an Konsensus zu erreichen, das Abstimmbare in demokratischer Mehrheitsbildung zu entscheiden und das Unabstimmbare der individuellen Entscheidung zu überlassen. Wenn es jemals des großen Gesprächs bedürfte, dann in einer Gesellschaft, in der es um die Qualität des Lebens geht."

Weizsäcker: "Eine entscheidende Rolle wird dabei der Willen und die Fähigkeit der politischen Führung spielen, das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Mitverantwortlichkeit des Bürgers zu wecken. Denn nur mit Hilfe seiner Einsicht und mit seiner Bereitschaft zur Abkehr von manchen bequemen Gewohnheiten wird sich die freie Gesellschaft vor dieser Herausforderung des technischen Zeitalters bewähren."

(-/sab/11.10.1972/hgy)

+ + +

Raum für unsere Kinder sichern!  
-----

SPD-Initiativen stoßen auf CDU-Widerstand

Von Werner Liebrecht und Dr. Klaus Klingner  
Mitglieder des schleswig-holsteinischen Landtages

Die Unwirtlichkeit unserer Städte, die Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft werden oft und leidenschaftlich beklagt. Zu Recht. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden; z.B. durch eine gesetzliche Verpflichtung zur Anlage von Kinderspielplätzen.

Eine "Reichs"-Garagenordnung sichert bei jedem Bauvorhaben die Anlage von Stellplätzen für Kraftfahrzeuge. Die Bauordnungen der meisten Länder überlassen es dagegen weitgehend dem guten Willen Einzelner, ob Kinderspielplätze angelegt werden. Wir meinen: Eine Gesellschaft, die zwar Raum für Kraftfahrzeuge, nicht aber für ihre Kinder zu sichern weiß, muß als inhuman gelten.

In Niedersachsen zuerst, dann in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein haben die SPD-Fraktionen in den letzten Wochen Entwürfe zu Kinderspielplatz-Gesetzen vorgelegt. Spielplätze sollen nicht länger Zufallsprodukte des guten Willens sein. Das Recht der Kinder auf gesicherten Raum zur freien Entfaltung muß dem Anspruch auf möglichst profitable Verwertung von Grund und Boden vorgehen. Die notwendige Belastung des Grundeigentums mit den Kosten wird als Ausdruck der Sozialpflichtigkeit des Eigentums verstanden.

Der Sinn der Gesetzentwürfe ist, daß zur Entwicklung und Übung geistiger und körperlicher Fähigkeiten von Kleinkindern und Kindern Spielplätze angelegt und unterhalten werden, die den Spiel- und Bewegungsbedürfnissen dienen. Die Spielplätze sollen dem Alter der Kinder angemessen gestaltet werden. Maßstab sind beim schleswig-holsteinischen Entwurf die Richtlinien der Deutschen Olympischen Gesellschaft.

Besonderer Wert wird in allen Entwürfen auf die baurechtliche Absicherung der Anlage von Spielplätzen gelegt. So ist vorge-

sehen, daß die erforderlichen Flächen im Bebauungsplan festgesetzt werden, und daß sie möglichst schon im Flächennutzungsplan dargestellt sind. Bei Bauvorhaben mit mehr als zwei Wohnungen sind auf dem Grundstück entsprechende Flächen bereitzustellen. Darüber hinaus können die Gemeinden durch Satzung bestimmen, daß auch bei bereits vorhandenen Bauten Flächen für Spielplätze bereitzustellen sind.

Nicht nur die Anlage von Spielplätzen, sondern auch deren Unterhaltung wird den Eigentümern bzw. Erbbauberechtigten zur Auflage gemacht. Mehrere Eigentümer von Grundstücken können Spielplätze als Gemeinschaftsanlagen herstellen und unterhalten. Wenn das der Bebauungsplan verlangt, müssen solche Gemeinschaftsanlagen bereitgestellt werden. Die Verpflichtungen des Bauherrn sind durch entsprechende Auflagen in der Baugenehmigung zu sichern und von der Genehmigungsbehörde zu überwachen. Notfalls hat die Gemeinde die Aufgaben des Bauherrn auf dessen Kosten selbst wahrzunehmen.

Ausnahmen von der Verpflichtung zur Anlage von Spielplätzen kann es geben, wenn in unmittelbarer Nähe ein öffentlicher Spielplatz vorhanden ist oder geschaffen wird, oder wenn Spielstraßen, zum Spielen freigegebene Schulhöfe oder Sportplätze zur Verfügung stehen.

Durch Gesetz erhalten die Gemeinden die Aufgabe, öffentliche Spielplätze anzulegen, wenn private nicht in ausreichendem Umfang bereitgestellt werden können. Die Gemeinden können dann zur Deckung ihres Aufwandes Beiträge von den Grundeigentümern im Spielplatzbezirk erheben. Dabei können die Kosten für Grunderwerb und Freilegung der Flächen berücksichtigt werden. Darüber hinaus enthält der Beitrag die Kosten für die erstmalige Herrichtung und Erschließung der Plätze. Als Rechtsgrundlage für den Beitrag muß eine Ortssatzung erlassen werden.

Die CDU hat auf die sozialdemokratischen Initiativen bisher ausweichend reagiert. Bei der ersten Lesung des Entwurfs in Hannover gab es Hinweise auf die notwendigen Kosten, Baudauern für die Mieter, die dies tragen müßten, und Bedenken gegen die Herauslösung der Materie aus der Landesbauordnung. Der Widerstand der Vertreter des Grundeigentums war zu erwarten, auch der ablenkende Verweis auf die Mieter. Dieser Widerstand muß überwunden werden. Verständige Grundeigentümer und Mieter werden einsehen, daß die Neuregelung im Interesse ihrer Kinder kommen muß.

(-/fh/11.10.1972/bgy)

+ + +

## Der Fall Universität Konstanz

---

### Die CDU schürt selbst den politischen Radikalismus

Am Anfang hatte alles bescheidenlich und fast idyllisch begonnen. Landesvater Kurt-Georg Kiesinger legte den Grundstein für die "Reformuniversität" Konstanz und wie die Burgundertrauben am gegenüberliegenden Bodenseeufer in der Sonne, so geschicklich die neue Universität am steten Finanzsegen aus Stuttgart; denn jahrelang stand die Konstanzer Universität auf dem Platz Nummer eins der baden-württembergischen Prioritätenliste. Wenn auch das ursprüngliche Reformkonzept im Zuge der hochschulpolitischen Entwicklung modifiziert und korrigiert werden mußte, dann geschah das ohne wesentliche Brüche. Sicher hatte Konstanz mit seinen wenigen Studenten während der Studentenrevolte im Windschatten der Ereignisse gelegen. Von daher hatte das Modell keine schwere Belastungsprobe zu bestehen. Dennoch spricht es für die Solidität der ursprünglichen Reformkonzeption, daß dieser Stoß ideell aufgefangen und verarbeitet werden konnte, ohne daß das Konzept im Kern tangiert wurde.

Im Konstanzer Reformmodell sind in der Tat entscheidende Neuerungen, die sich auf Landes- oder Bundesebene erst nach Jahren durchsetzen konnten oder noch immer zur Regelung anstehen, vorweggenommen worden. In Fragen der Graduierten-Förderung, der Personalstruktur und der Aufgliederung in Fachbereiche lag Konstanz auch unter rein technokratischen Gesichtspunkten weit vorn. Ohne großes Aufsehen in der Öffentlichkeit wurde in den Konstanzer Universitätsgremien (Grundordnungs- und Fachbereiche usw.) im Einverständnis mit und aufgrund der Zustimmung der weit überwiegenden Mehrheit der Ordinarien die Drittelparität praktiziert: mit gutem Erfolg, wie man auch seitens der Konstanzer Ordinarien zu hören bekommt. Vorgegeben war die Drittelparität in Konstanz nicht, sie hat sich im Zuge einer allmählichen Konsensbildung durchgesetzt. Im Ausschluß für Lehrfragen war den Studenten sogar die Halbparität zugestanden worden. Sachliche und nicht, wie vielfach behauptet, politische, auf Umsturz und Revolution hinielende Gründe haben hier wie dort den Ausschlag gegeben.

Alles in allem war die Universität Konstanz ein gelungenes Experiment und die CDU hätte allen Grund gehabt, darauf stolz zu sein. Radikalismusprobleme hat es schon mangels Masse

an Studenten nicht gegeben. Die Ursachen für Radikalisierungen - mangelnde Ausstattung an Räumen und an Lehrkräften, veraltete Personalstrukturen und fehlende Partizipationsmöglichkeiten - waren weitestgehend ausgeräumt. Eine Hochschule hatte sich mit Hilfe der im Gründungsvertrag festgelegten Reformklausel selbst reformiert und zukunftsweisende Strukturen gegeben.

Trotz alledem hat die baden-württembergische CDU diesen hoffnungsvollen Ansatz zerschlagen, indem sie die von der Universität ausgearbeitete Grundordnung wegen eines Formfehlers zurückwies, und jetzt hat sie sogar gegen den Widerstand der Ordinarienmehrheit versucht, der Universität eine andere, rückwärtsgewandte Grundordnung zu oktroyieren.

Das Reformprojekt ist damit aufs Schwerste gefährdet, wenn nicht vielleicht sogar schon gescheitert. In der Verkörperung des Mottos: "Was nicht sein kann auch nicht sein darf" zerstörte die CDU ihre eigene hoffnungsvolle Reform, die ihre ersten Bewährungsproben in der Praxis bereits mit Erfolg bestanden hatte. Weil sich bundesweit in der CDU eine rückwärtsgewandte, reaktionäre Hochschulpolitik durchsetzt, opfert die baden-württembergische CDU auch ihr einstiges Lieblingskind.

Dieser Vorgang ist nicht nur symptomatisch für den siegreichen Vormarsch der CSU-Vorstellungen in der CDU. Er zeigt auch den erschreckenden Zerfall liberaler Substanz in der Unionspartei. Die CDU verprellt dadurch all diejenigen, die als Professoren, Assistenten oder Studenten nach Konstanz gekommen sind, um dort konkret für die Hochschulreform zu arbeiten. Jahrelange Arbeit und mühsam geschaffenes Vertrauen werden durch einen administrativen Akt vernichtet. Die Enttäuschung und Radikalisierung der Betroffenen sind geradezu unausweichlich. Die CDU erzeugt damit selbst den Radikalismus, den sie als innenpolitischen Gefahrenherd anprengert und der SPD zur Last legen will.

Dr. Guntram von Schenck  
(-/fb/11.10.1972/bgy)

+ + +